

FREIBERUFLER-TICKER vom 20. Januar 2023

1. Freiberufliche Gründungen bestandsfester

Das geht aus einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM Bonn) für den BFB hervor; deren Ergebnisse am 17. Januar 2023 [veröffentlicht](#) wurden: Von 100 im Jahr 2015 neu gegründeten Unternehmen mit mindestens einer, einem abhängig Beschäftigten waren bei den Freien Berufen 2020 noch 57,7 am Markt – bei den Gründungen in der Gesamtwirtschaft hingegen nur 46,6. Am bestandsfestesten erwiesen sich freiberufliche Gründungen mit Beschäftigten im heilkundlichen Bereich (69,4), gefolgt vom technisch-naturwissenschaftlichen Bereich (53,3) sowie dem rechts-, steuer- und wirtschaftsberatenden Bereich (52,5). Nur im kulturellen Bereich lagen die freiberuflichen Gründungen mit einem Wert von 38 unter dem Durchschnitt der Gesamtwirtschaft. Hierzu erklärt Prof. Dr. Friederike Welter, Präsidentin des IfM Bonn und Professorin an der Universität Siegen: „Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist dabei die im Vergleich zu gewerblichen Gründungen höhere Bestandsfestigkeit der freiberuflichen Gründungen sehr positiv – insbesondere, wenn sie von Anfang an Beschäftigte haben.“ BFB-Präsident Friedemann Schmidt ordnet die Werte entsprechend ein: „Deutlich mehr als die Hälfte der freiberuflichen Gründerinnen und Gründer mit mindestens einer, einem abhängig Beschäftigten sind nach fünf Jahren noch am Markt. Das ist ein Vorsprung von rund elf Prozentpunkten auf die Gründungen in der Gesamtwirtschaft. Dieser Wert untermauert insbesondere, dass wir Freie Berufe verlässliche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind. Im Zuge der Fachkräftesicherung, BFB-Jahresschwerpunkt 2023, ist dies beim Werben um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Trumpf.“

2. Bertelsmann-Studie zur Nachhaltigkeit

Der Umbau der Wirtschaft zu mehr Nachhaltigkeit kommt deutlich voran, denn 84 Prozent der Verantwortlichen für Nachhaltigkeit in Unternehmen der Realwirtschaft gaben in einer Studie des Sustainability Transformation Monitors 2023, über die die [Bertelsmann Stiftung](#) Ende vergangener Woche berichtete, an, dass das Thema wichtiger geworden sei. Knapp die Hälfte der Befragten aus der Realwirtschaft (46 Prozent) bestätigten, dass das Thema Nachhaltigkeit in ihrem Unternehmen „voll und ganz“ oder „überwiegend“ verankert sei. In der Finanzwirtschaft sind es knapp 40 Prozent. Mehr als ein Drittel sagt, das Thema sei „teilweise“ verankert. Für die Befragung wurden von September bis November 2022 die Antworten von 735 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgewertet, die sich mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigen. Davon stammen 268 Personen aus der Realwirtschaft und 467 aus der Finanzwirtschaft in Deutschland. Konkrete Klimaziele hat sich bislang rund ein Drittel der Unternehmen der Realwirtschaft und ein Viertel der Finanzwirtschaft gegeben. 43 Prozent der Befragten aus der Realwirtschaft und 33 Prozent aus der Finanzwirtschaft geben an, die Formulierung von Klimazielen sei „in Vorbereitung“.

3. Rat für Nachhaltige Entwicklung

Über die turnusgemäße Neuberufung der Mitglieder des [Rats für Nachhaltige Entwicklung](#), welche Bundeskanzler Olaf Scholz am 18. Januar 2023 bekannt gab, berichtete die Bundesregierung mit [Meldung](#) vom selben Tag. Der Rat berät die Bundesregierung seit 2001 bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die 15 Mitglieder des Rats stehen mit ihrem fachlichen und persönlichen Hintergrund für die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Aspekte nachhaltiger Entwicklung. Neben seiner Beratungsfunktion trägt der Rat das Thema „Nachhaltigkeit“ auch in Gesellschaft und Öffentlichkeit hinein – zuletzt durch das von ihm im Auftrag von Bund und Ländern koordinierte

Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit. Die Bundesregierung bekennt sich mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu den Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen; die Strategie ist Richtschnur der Politik der Bundesregierung, bekräftigte der Bundeskanzler in seiner Erklärung.

4. Wettbewerb für digitale Berufsorientierung gestartet

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) startete am 16. Januar 2023 der Wettbewerb „D-BOP“ für digitale Berufsorientierung. Dieser ist Teil der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung des BMBF. Im Rahmen des Wettbewerbs können alle Interessentinnen und Interessenten, die bereits ein digitales Berufsorientierungsangebot entwickelt und erprobt haben, ihre Vorschläge bis zum 28. Februar 2023 [hier](#) online einreichen. Je drei Preise werden in drei Kategorien verliehen: (1) „Erkunden von Fähigkeiten, Stärken und Interessen“, (2) „Erleben von Berufsfeldern und Berufen“ und (3) „Arbeitswelt 4.0“. Mit dem Wettbewerb D-BOP sollen digitale Angebote ausgezeichnet werden, die junge Menschen ab der siebten Klasse und/oder deren Eltern sowie Erziehungsberechtigte bei der beruflichen Orientierung besonders gut unterstützen.

5. Jeder fünfte Betrieb bietet Homeoffice an

Wie das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) am 18. Januar 2023 [mitteilte](#), wurde 2021 in etwa jedem fünften Ausbildungsbetrieb Auszubildenden Homeoffice angeboten. Diese Informationen basieren auf aktuellen Auswertungen des BIBB-Qualifizierungspanels 2021. Die BIBB-Auswertungen offenbarten, dass das Vorliegen von vier Faktoren das Homeoffice-Angebot für Auszubildende ermöglichte. Diese sind: (1) eine vorherrschende Homeoffice-Strategie im Betrieb, (2) das Unternehmen bildet auch in kaufmännischen Berufen aus, nicht nur in gewerblich-technischen, (3) die Nutzung digitaler Technologien im Betrieb sowie (4) das Vorliegen eines Weiterbildungsangebots wie beispielsweise der Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien oder auch Projekt- oder Teammanagement auf Distanz.

6. Umsetzung der Nationalen Weiterbildungsstrategie und Rahmenbedingungen für digitale Weiterbildung

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([20/5146](#)) auf eine Kleine Anfrage zur Umsetzung der Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) ausführt, bauen die Partnerinnen und Partner der NWS auf dem im September 2022 veröffentlichten Umsetzungsbericht auf. Des Weiteren schreibt die Bundesregierung, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute mehr denn je bereit sein müssen, sich neue Fähigkeiten anzueignen. Die NWS wird unter Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung von insgesamt 17 Partnerinnen und Partnern getragen. Darüber hinaus gebe es neben den Umsetzungsaktivitäten des Bundes nebst der Bundesagentur für Arbeit (BA) zahlreiche Umsetzungsaktivitäten aus den Ländern, der Wirtschaft und den Gewerkschaften. Insgesamt gelte es zu beachten, dass Einzelmaßnahmen aufgrund der Querschnittsziele der NWS nicht zu einer Gesamtsumme von spezifischen NWS-Fördermitteln zugeordnet werden können. Im Rahmen der NWS entwickle die BA unter finanzieller Beteiligung des Bundes eine nationale Online-Weiterbildungsplattform, die Förder- und Beratungsmöglichkeiten, aber auch Informationen zu Berufen und Weiterbildungsangeboten transparenter machen soll. Darüber informierte der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche.

7. Plattform für Ukraine-Unterstützerinnen und -Unterstützer geplant

Laut einer Mitteilung des Deutschen Bundestages vom 18. Januar 2023 kündigte Svenja Schulze MdB (SPD), Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an, in diesem Jahr eine Plattform für die Vernetzung und Koordinierung all jener zu errichten, die der Ukraine Hilfe leisten, also auch für nichtstaatliche Akteurinnen und Akteure.

8. Bevölkerung in Deutschland gewachsen

Wie das Statistische Bundesamt am 19. Januar 2023 [mitteilte](#), wuchs die Bevölkerung in Deutschland Ende 2022 auf 84,3 Millionen Menschen an, ein Plus von 1,1 Millionen zum Vorjahr. Dieser Zuwachs lässt sich teilweise mit Ergebnissen der aktuellen Schätzung erklären, wonach im letzten Jahr 1,42 bis 1,45 Millionen Personen mehr nach Deutschland kamen als ins Ausland fortgingen. Neben der starken Zuwanderung der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine nahm auch die Zuwanderung von Menschen anderer Nationalitäten zu.

9. Deutschland ist großer Verlierer im Standortwettbewerb

Aus einer Meldung des ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung vom 16. Januar 2023 geht hervor, dass Deutschlands Standortfaktoren für Familienunternehmen nicht mit denen an Spitzenstandorten in Nordamerika, Westeuropa und Skandinavien mithalten können. Insbesondere in den Bereichen Regulierung, Steuerbelastung und Energie wird Deutschland ungünstig bewertet. Beim Thema Infrastruktur vergrößert sich zudem der Abstand zu den Spitzenstandorten. Als Folge der relativen Standortschwächen befindet sich Deutschland nur noch auf Platz 18 unter den 21 betrachteten Industriestaaten. Damit ist das Land vier Plätze abgerutscht. Die [Ergebnisse des Länderindex](#) zeigen außerdem, dass Standorte innerhalb der Europäischen Union insgesamt im Vergleich zur Schweiz und Nordamerika weiter an Boden verlieren.

10. Personalie: Busse neue KMK-Präsidentin

Wie die Kultusministerkonferenz (KMK) am 16. Januar 2023 [mitteilte](#), übernahm Astrid-Sabine Busse (SPD), Senatorin für Bildung, Jugend und Familie des Landes Berlin, turnusgemäß die am 1. Januar 2023 beginnende Präsidentschaft der KMK. Sie folgt im Amt auf die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Karin Prien (CDU). Für den Bereich Wissenschaft wird als Mitglied des KMK-Präsidiums Ulrike Gote (Bündnis 90/Die Grünen), Berliner Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, die entsprechenden Sitzungen für den Bereich Wissenschaft im Rahmen des Berliner Präsidentschaftsjahres leiten und hier mit der Präsidentin zusammenarbeiten.